

B 28. JAN. 72

ORIGINAL an: D
Kopie an: 112 (o. unten)

a/a

Telegramm

12.8.1971 14h15 o.

Ambasuisse Tel Aviv Nr. 95
" Amman " 49 zur Kenntnisnahme

Verdanken Euer 171.

1) Am 11.8.71 sprach Botschafter Levavi auf seinen Wunsch in der gleichen Sache bei Minister Gelzer vor, um seinerseits Besorgnis der israelischen Regierung über das Palästina-Informationsbüro zum Ausdruck zu bringen. Levavi befürchtet weniger die Propagandatätigkeit des Büros, als vielmehr die "Aura der Legalität", die OLP durch die Zulassung eines Vertreters in Genf verliehen werde. Auch bestehe die Gefahr, dass derartige OLP-Kontaktstelle versuchen werde, in Europa Leute zu gewinnen, welche die Sache der Palästinenser aktiv - gegebenenfalls auch mit terroristischen Mitteln - unterstützen. OLP sei ein Dachverband, dem auch FPLP angehöre. Ferner bat Levavi um Aufschluss über die Motive, welche die Bundesbehörden bewogen hatten, auf die Sondierungen der Palästinenser einzutreten sowie über den gegenwärtigen Stand der Dinge.

2) Minister Gelzer gab einleitend unserer Ueberraschung Ausdruck, über die u.E. unnötige Dramatisierung, welche die Angelegenheit in Israel erfahren hat und erläuterte hierauf im einzelnen

./.

- Kopie ging an:
- Bundespolizei
 - Fremdenpolizei
 - Abt. für I.O.
 - Information und Presse
 - BRE/MLS
 - GE

A. 2675 + 2676



die Ihnen aus unserer bisherigen Berichterstattung bekannte Haltung der schweiz. Behörden, wobei unter anderem speziell auch auf folgendes hingewiesen wurde:

- a) OLP könne nicht ohne weiteres mit FPLP gleichgesetzt werden. Gegenüber der letztgenannten, die für verschiedene Anschläge in der Schweiz verantwortliche Organisation wäre ein Entgegenkommen ausser Betracht gefallen. Die Führer der OLP indessen hätten sich verschiedentlich in öffentlichen Erklärungen von Anschlägen in Drittstaaten distanziert und diese ausdrücklich verurteilt.
- b) Nicht verschwiegen wurde Botschafter Levavi im weiteren, dass bei unsern Ueberlegungen auch die von Zeit zu Zeit wiederkehrenden Drohungen bestimmter Palästinenserorganisationen gegenüber der Schweiz eine gewisse Rolle gespielt hätten.
- c) Wir unterstrichen ferner, dass die Tolerierung einer Kontaktstelle selbstverständlich in keiner Weise einer offiziellen Anerkennung der OLP gleichkomme. Die Existenz des Palästina-Problems stelle allerdings ein seit langem auch von den Vereinten Nationen erkanntes Faktum dar, welchem durch die Tätigkeit der UNWRA, an die bekanntlich auch die Schweiz schon namhafte Beiträge geleistet habe, Rechnung getragen werden.
- d) Bezüglich des derzeitigen Standes der Angelegenheit informierten wir Sie im Sinne unseres 93, respektive 48, Ziffer 3. Unter dem Hinweis auf die Tatsache, dass das Informationsbüro demnach gegenwärtig noch nicht in Funktion sei, brachte Levavi die Hoffnung auf nochmalige Ueberprüfung der Angelegenheit durch die Schweizerbehörden zum Ausdruck. Wir liessen unsererseits keine Zweifel darüber, dass der Grundsatzentscheid schon getroffen und die Bedingungen seitens der OLP akzeptiert worden seien.
- e) Besonders interessiert zeigte sich Levavi an den Hinweisen über das Bestehen ähnlicher Kontaktstellen in anderen europäischen Staaten, Hinweise, die im Gegensatz stünden zu jenen, den israelischen Behörden zur Verfügung stehenden Informationen. (Die Existenz eines OLP-Büros in New York stellte er

indessen nicht in Abrede.) Es ist anzunehmen, dass die israelischen Behörden diesen Aspekt weiterverfolgen werden.

3) Levavi bedankte sich abschliessend für die erhaltenen Auskünfte und bat, über die Weiterentwicklung auf dem laufenden gehalten zu werden. Seine Darlegungen waren durchwegs gemässigt. Die Aussprache fand in einer freundschaftlichen Atmosphäre statt.

Für Amman: Nur zur Kenntnisnahme

Politique